

# Haushaltsrede 2010

zur Verabschiedung des Haushaltes in der Ratssitzung am 22.03.2010

Dirk Paasch  
Fraktionsvorsitzender

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren,

hätten wir den Tag nicht anders nutzen können, als hier heute über einen Haushalt zu debattieren, der - wie in den vielen Jahren zuvor - sowieso nicht genehmigt wird?

Die Zeit sinnvoller verbringen können, als über ein Haushaltssicherungskonzept mit einem Volumen von knapp einer halben Millionen Euro zu beraten, das bei der Bezirksregierung nur eine nervöses Zucken hervorrufft?

Ein Zucken, nicht, weil sie bösaartig sind, sondern weil sie in ihrem Prunkgebäude am Rhein einfach nicht wahrnehmen wollen, dass die Kommunen an der Ruhr ausgepresst sind wie eine Zitrone.

Hatte Rotkäppchen noch wenigsten Kuchen und Wein in ihrem Korb, bevor der Wolf sie fraß, hat unsere Stadt nichts mehr, wo der Wolf der Landesregierung noch zuschnappen könnte.

Das was wir noch hatten, hat die Mehrheit dieses Stadtrates leider mit den Kürzungen, den so genannten Sparbeschlüssen vor allem in den letzten zwei Jahren demselben Wolf zum Fraß hingeschmissen. Und das, ohne das wir da was den Schuldenabbau angeht, auch nur ein Stück weitergekommen wären.

Im Gegenteil. Die Zahlen die uns heute vorliegen, beweisen doch, dass die gesamte Sparerei, die ohnehin nur auf Kosten der Bürgerschaft ging, nichts gebracht hat. Im Gegenteil, der originäre Fehlbedarf im Haushalt ist größer geworden.

Was schreibt der Kämmerer in seiner Stellungnahme zum Haushalt:

„Viele Kommunen, so auch Oberhausen, haben über lange Zeiträume (seit 1986) immer wieder Konsolidierungsanstrengungen unterschiedlicher Art unternommen. Die Erfolge allerdings, die zweifellos zu konstatieren waren, wurden mit Regelmäßigkeit durch sich negativ ändernde externe Rahmenbedingungen konterkariert.“

Und eine Seite weiter: „Bestehende Planungen – nach objektiven Kriterien, wie Orientierungsdaten und einer nach bestem Wissen und Gewissen vorgenommenen Einschätzung der Finanzlage erstellt – sind mit einem Schlag zu Makulatur geworden.“

Und die Beschäftigten der Stadtverwaltung stellen schon in einer Resolution auf der Personalversammlung am 26.05.2009 fest: „Wir sind der Überzeugung, dass der seit Jahren alles bestimmende Sparkurs bereits jetzt mehr Schaden angerichtet hat und auch weiterhin anrichten wird, als er kurzfristig an scheinbaren Nutzen gebracht hat bzw. bringt.“

Also meine Damen und Herren, noch einmal im Klartext. Über zwanzig Jahre Haushaltskonsolidierung in Oberhausen und seit dem Juni 2008 in verschärfter Form, als da zu nennen sind:

- Personalabbau und Arbeitsverdichtung
- Abbau von kommunalen Dienstleistungen
- Kürzungen im Jugend-, Sozial- und Kulturbereich
- Erhöhung von Gebühren und Steuern
- Verschlechterung des Öffentlichen Personennahverkehrs
- Kürzungen von Zuschüssen an Vereine und Verbände

Das Ergebnis liegt uns heute vor: 190 Millionen Euro Fehlbedarf.

Können wir da einfach sagen 'Alles im Griff auf dem sinkenden Schiff' und 'Weiter so'? Rot-Grün in diesem Rat zumindest will wohl so weiter. Ich zitiere aus dem Koalitionspapier: „Wir verfolgen diese Ziele in dem Wissen, dass das durch die Haushaltskonsolidierungsbeschlüsse des Rates vorgegebene Sparvolumen realisiert werden muss.“

Und das ist genauso falsch wie auch der Entschuldungsfond den die Ruhrgebietsstädte in ihrem Memorandum fordern. Bestandteil dieser Forderung ist nämlich, dass die Städte begleitend eigene weitere radikale Haushaltssicherungskonzepte aufstellen. Das hieße doch für unsere ohnehin schon ausgepresste Stadt an die letzte Substanz zu gehen, die wir ja nicht einmal mehr haben. Weiterhin soll mit diesem Entschuldungsfond nach fünf Jahren ein Primärsaldoausgleich erfolgen, das heißt alle Ausgaben müssen durch Einnahmen gedeckt werden.

Schauen Sie sich die Zahlen von heute doch mal an. Das funktioniert so nicht.

Also, meine Damen und Herren, es bleibt ihnen nichts anderes übrig, als einmal über den Tellerrand zu schauen. Wer hier im Hause glaubt, mit weiteren Kürzungspaketen dieser Situation Herr zu werden, irrt oder aber will gar keine Lösung.

Mit welcher Situation haben wir es zu tun?

Mit der Wirtschafts- und Finanzkrise spitzte sich die Finanzlage der Kommunen weiter zu. Die bereits heute hohe kommunale Verschuldung steigt in einem für die Existenz der Städte und Gemeinden bedrohlichem Ausmaß. Bund und Länder wälzen dennoch weiter Aufgaben und Lasten auf die Kommunen ab. Die Steuergeschenke der schwarz-gelben Regierung werden zu einem erheblichen Teil die Kommunen aufbringen müssen, denen schon jetzt die Luft zum Atmen fehlt.

In diesem Jahr befürchten die Kommunen ein Rekorddefizit von 12 Milliarden Euro. Das wäre fast die Hälfte mehr als das Defizit von 8,4 Milliarden Euro in der bisher schwersten kommunalen Finanzkrise im Jahr 2003. Auch in den Jahren 2011 bis 2013 werden zweistellige Milliardendefizite erwartet. 2009 sind die kommunalen Einnahmen um etwa 3,6 Milliarden Euro auf 171,3 Milliarden zurückgegangen. Die Ausgaben stiegen um 8,5 Milliarden auf 175,75 Milliarden.

2009 hatten Bund, Länder und Kommunen erhebliche Steuerverluste. Den stärksten Einbruch ihrer Steuereinnahmen – um gut 10 Prozent – mussten die Kommunen hinnehmen. Das Minus betrug 7,1 Milliarden Euro. Besonders stark stürzten dabei die Gewerbesteuererinnahmen ab, um 17,4 Prozent. Viele Städte erlitten dramatische Einnahmeverluste von mehr als 40 Prozent.

Durch die Streugesetzgebung der rot-schwarzen Bundesregierung – und insbesondere durch zwischen November 2008 und Juli 2009 vorgenommene Änderungen – werden die Kommunen bis 2013 Mindereinnahmen von 19,846 Mrd. Euro haben.

Die Sozialausgaben der Kommunen stiegen 2009 erstmals auf rund 10 Milliarden Euro – beinahe doppelt soviel wie kurz nach der Wiedervereinigung. 2010 wird ein weiterer Anstieg um fast 2 Milliarden Euro erwartet. Hinzu kommt, dass sich der Bund immer weiter aus der Finanzierung gesamtstaatlicher Aufgaben zurückzieht. Kosten der Unterkunft, Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsunfähigkeit sowie Ausbau der Kindertagesbetreuung – alles gesamtstaatliche Aufgaben – werden in wachsendem Maße durch die Kommunen allein finanziert.

Infolge des enormen Einnahmedefizits haben Kommunen in der Folge zudem immer weniger öffentliche Mittel für Investitionen in die öffentliche Infrastruktur einsetzen können. Inzwischen hat der Investitionsstau – das heißt der eigentliche Bedarf – eine kritische Größe erreicht. Nach Berechnungen des Deutschen Instituts für Urbanistik beträgt der Nachholbedarf 700 Mrd. Euro bis 2020!“

Da waren auch die Mittel aus dem Konjunkturprogramm nur ein Tropfen auf dem heißen Stein. Das Volumen für Oberhausen reicht doch noch nicht einmal aus, um den Investitionsstau an unseren Schulen zu beheben.

Ich habe mir im Vorfeld unserer heutigen Sitzung unsere Vorschläge rausgesucht, die wir in unseren Haushaltsreden zur Sanierung des städtischen Haushaltes gemacht haben. Es gab eine Reihe von Vorschlägen wie man die Kommunen aus ihrer aussichtslosen Situation befreien könnte und wie das zu finanzieren sei:

- Einführung einer Börsenumsatzsteuer – wir wurden belächelt
- Ein Entschuldungsprogramm für die Kommunen – wir wurden für verrückt erklärt
- ein sofortiges Zinsmoratorium – man wollte uns nach Argentinien schicken
- Einführung einer Vermögens- oder Reichensteuer – wir wurden als unbelehrbare Kommunisten beschimpft.

Allein die Einführung einer Millionärssteuer, von 5 % bei einem Schonvermögen von einer Million Euro, würde dem Bund 80 Milliarden Euro zur Verfügung stellen.

Gemäß seinem Anteil an der Gesamtbevölkerung würde das Land NRW 8,8 Milliarden Euro erhalten. Oberhausen würde bei derzeit 215.000 Einwohnern mit 100 Millionen Euro/jährlich rechnen.

Nur, das muss politisch gewollt sein. Wenn Frau Kraft im Vorfeld der Landtagswahlen dies ins Spiel bringt, bleibt doch die Frage, warum rot-grün im Bund das nicht umgesetzt haben. Denen war Hartz IV wohl wichtiger.

Wahlversprechen von denen nichts zu halten sind? Scheint die Krise überwunden? Man spricht schon wieder von Wachstum. Es wird wieder Geld verdient.

Angesichts der Krise konnte man der Bevölkerung ja nicht mehr vermitteln, alles wird gut.

Was gab es in der Höhe der Krise, von wem auch immer, Lösungsvorschläge, die vorher niemals über deren Lippen gekommen wären.

Die Neoliberalen wollten von ihrem Programm nichts mehr wissen. Aus 'Privat vor Staat', wurde 'Der Staat muss eingreifen!'. Der Ruf nach Verstaatlichung der Banken wurde immer lauter, sogar von einigen Bankern selber.

Was ist davon geblieben, nach dem die Verursacher der Krise - die Banken - mit Milliarden von Steuergeldern über Wasser gehalten wurden? Sie machen wieder Profite, die schwimmen wieder oben, wie die Fettaugen in der Suppe.

Was konnten wir letzte Woche vernehmen: Das Investmentbanking, entscheidend verantwortlich für die globale Finanzkrise, läuft heute weltweit und vor allem bei der Deutschen Bank wieder auf Hochtouren. Es brachte im abgelaufenen Geschäftsjahr zwei Drittel des Gewinns von 5,2 Milliarden Euro vor Steuern ein.

Zu diesen Investment-Bankgeschäften gehören z.B. die Börseneinführung von Aktiengesellschaften, die Beratung beim Kauf und der Übernahme von Firmen, die Emission und der Handel mit Aktien und Wertpapieren und insbesondere das große Feld der spekulativen Finanzgeschäfte.

Spekulationen auf den verschiedenen Märkten, wie Devisenmarkt, Aktien, Rohstoffe wie Öl und, perfide genug, mit Nahrungsmitteln und vor allem mit Finanz-Derivaten.

Das große Geld brachten im vergangenen Jahr die Emission und der Handel mit Staatsanleihen, infolge des hohen Kreditbedarfes der Staaten. Die Regierungen, auch unsere, wiederum verschuldeten sich so hoch, weil sie zig und hunderte Milliarden zur Rettung der Banken bereitstellten.

Der Staat rettet also die Banken vor dem Kollaps mit Geld, das er sich von eben diesen leihen muss, die dann über Zinsen und Provisionen kräftig daran profitieren

Das heißt eigentlich nichts anderes, dass die mit Steuergeldern geretteten Banken über Staatsanleihen diese Republik beherrschen. Eigentlich war Herr Ackermann beim Geburtstagsessen im Kanzleramt gar kein Gast, sondern Gastgeber.

Und auch für unsere Stadt heißt das nichts anderes. Kein Eigenkapital, lang- und kurzfristige Schulden bei den Banken, die an Zinsen und Tilgung profitieren. Unsere Stadt gehört den Banken und wir als Rat müssen um jeden Dispo betteln.

Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren, solche Analysen sind manchmal nötig, um in den Köpfen der Menschen etwas zu bewegen. Der überwiegende Teil der Menschen in diesem Land halten nicht viel vom Kapitalismus, bekommen sie dessen Auswirkungen täglich zu spüren.

Auch wenn wir heute deutlich gemacht haben, dass die Oberhausener Probleme hier im Hause nicht zu lösen sind, auch nicht durch weitere Kürzungen im Haushalt, werden wir uns natürlich weiter an der täglichen Kommunalpolitik beteiligen. Wir werden jedes Handeln der rot-grüne Koalition weiterhin kritisch hinterfragen und unsere Finger in offene Wunden legen.

Wir werden unsere Politik nicht den sogenannten Sachzwängen unterwerfen.

Ob das

- die zu wenigen Gesamtschulplätze sind
- das Bürgerzentrum Osterfeld Nord
- die Öffnungszeiten und Eintrittspreis für die Hallenbäder
- die weitere Gestaltung des ehemaligen Stahlwerksgeländes
- der Umbau des Bert-Brecht-Hauses und des Saporisha-Platzes
- die Einführung eines Sozialtickets
- die Ausbildung und Übernahme bei der Stadtverwaltung.

Am Beispiel des Bert-Brecht-Hauses wurde deutlich, wie wichtig eine linke Opposition für unsere Stadt ist. Im Zusammenspiel mit engagierten Bürgerinnen und Bürgern und aufmerksamer Presse gibt es nun eine Lösung für die Zeit zwischen Schließung und Neueröffnung.

Widerstände und Initiativen gegen unsoziale Politik werden weiterhin von uns unterstützt. Sei es beim Auftreten gegen die Nazis am kommenden Wochenende oder beim Kampf der Schlecker-Frauen um gerechte Löhne und Arbeitsbedingungen.

Die großen Probleme in unserem Land werden wir hier nicht lösen können. Aber dass seit der Finanzkrise die Marx-Seminar an den Universitäten ausgebucht und das Kapital zu einem Bestseller geworden ist, lässt uns hoffen.

Die Produktion wird gesellschaftlich betrieben, ihre Ergebnisse werden jedoch privat angeeignet. Dies ist der Grundwiderspruch des Kapitalismus. Vor 150 Jahren geschrieben und immer noch aktuell. Diesen Grundwiderspruch aufzulösen bedeutet die Probleme zu beseitigen. Fangen wir mit den Verursachern der Krise an und Vergesellschaften die Banken. Vielleicht ein erster Schritt auf dem Weg in eine sozialistische Gesellschaftsordnung.